



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

56. Sitzung (öffentlich)

4. Februar 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 8 „Auswirkungen und Handlungsbedarfe der aktuellen Lage bei Hertie“ vorzuziehen, um den anwesenden Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu ermöglichen, diesen Tagesordnungspunkt zu verfolgen.

1 Auswirkungen und Handlungsbedarfe der aktuellen Lage bei Hertie

6

Bericht der Landesregierung

2 RWE hat zugesagt, bis 2007 sechs alte Kraftwerksblöcke für die neue BoA-Niederaußem stillzulegen!

26

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4027

Der Ausschuss kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Vor jeder künftigen Ausschusssitzung soll das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie befragt werden, ob es Bewegungen oder Ergebnisse zu diesem Thema gibt. Wenn ja, soll das Thema sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden.

3 Reduzierung von CO2-Emissionen durch Stilllegung von Altanlagen für geplante oder in Bau befindliche Kohlekraftwerke? 37

Vorlage 14/2412 (Bericht der Landesregierung)

4 Schwarz-Gelb runter von der Bremse: Investitionsprogramm Emissionshandel für NRW jetzt 39

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8324

Der Ausschuss beschließt einstimmig, das Votum des mitberatenden Ausschusses abzuwarten und spätestens am 20. Mai 2009 abschließend über den Antrag zu beraten.

5 NRW-Bürgerschaftsprogramm: Abläufe beschleunigen und strukturell optimieren 44

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8331

Vorlage 14/2394 und Vorlage 14/2405

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung nach Vorliegen des Votums des mitberatenden Haushalts- und Finanzausschusses durchzuführen.

6 Schutzschirm für Leih-, Zeit- und Kurzarbeiter 45

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8079

Vorlage 14/2406

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/8079 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

- 7 Privatisierung des Materialprüfungsamtes 46**
Bericht der Landesregierung
- 8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Anwendungsbereich, den Kreis der Beteiligten sowie die Voraussetzungen für ein Raumordnungsverfahren (Verordnung zu Raumordnungsverfahren) 51**
Vorlage 14/2404
- Der Ausschuss stimmt dem Verordnungsentwurf Vorlage 14/2404 einstimmig zu.
- Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig, zum Verordnungsentwurf Vorlage 14/2404 keine Einwendungen zu erheben.
- 9 Verschiedenes 52**
- a) Anhörung zum Ladenöffnungsgesetz 52
 - b) Beratungsverfahren EU-Dienstleistungsrichtlinie 52
 - c) Äußerungen der Ministerin zum Vergaberecht 52
 - d) Pressemitteilung: Norsk Hydro 53

9 Verschiedenes

a) Anhörung zum Ladenöffnungsgesetz

Thomas Eiskirch (SPD) erklärt mit Bezug auf die Diskussion zum Ladenöffnungsgesetz in der letzten Ausschusssitzung, die SPD-Fraktion beabsichtige nicht, die Durchführung einer Anhörung zu beantragen.

b) Beratungsverfahren EU-Dienstleistungsrichtlinie

Thomas Eiskirch (SPD) weist auf die Beratungen in anderen Ausschüssen zum Einheitlichen Ansprechpartner im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie hin. Er wolle wissen, wann der Landtag mit der inhaltlichen Ausgestaltung befasst werde. Denn es herrsche Übereinstimmung darüber, die notwendigen Verfahren zu beiden Beratungssträngen zu bündeln, um eine ausufernde Zahl von Anhörungen und Beratungen zu vermeiden.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, entgegnet, sie werde die Antwort gerne nachreichen.

c) Äußerungen der Ministerin zum Vergaberecht

Thomas Eiskirch (SPD) greift die Ausführungen der Ministerin zum Vergaberecht in der Presse auf. Er begrüße die Umsetzung der Bundesvorgaben durch das Land, gebe aber zu bedenken, dass der Umsetzung auf dem Erlassweg die Gemeindehaushaltsordnung entgegenstehe, die grundsätzlich eine Ausschreibung vorsehe.

Die Ministerin habe die Ausschreibungsgrenze seiner Meinung nach richtigerweise verändert, um in einem Großteil der Fälle eine freihändige Vergabe in vielen Kommunen zu ermöglichen. Dieses Verfahren widerspreche aber den Grundsätzen der Gemeindehaushaltsordnung. Nach Ansicht einiger Experten könne das Schadensersatzansprüche und strafrechtliche Ermittlungen gegen die Entscheidungsträger in den Kommunen hervorrufen.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, macht darauf aufmerksam, die Formulierung sei aufgrund der Prüfung durch das Innenministerium etwas weicher ausgefallen, anstatt, wie es ihr besser gefallen hätte, auch mit Blick auf die Präqualifizierung auf die Kommunen mehr Druck auszuüben.

Nach der bisherigen Ansicht ihres Hauses ließen sich keine Schadensersatzansprüche ableiten; vielmehr müsse man die Transparenz bei einer freihändigen Vergabe durch eine Dokumentations- und Offenlegungspflicht sicherstellen, um eine Häufung frühzeitig zu erkennen. Sie wolle die Verordnung aber erneut im Ministerium juristisch prüfen lassen.

